

4.) Beobachtung und Analyse: Anwendung von Liquid Feedback in der Piratenpartei

4.1.) Analyse zweier Debatten in Liquid Feedback

Im folgenden Kapitel soll also ein Blick in den Motor der Piratenpartei geworfen werden. Läuft er? Ist er gut geschmiert? Funktionieren alle Mechanismen wie geplant? Ziel der folgenden Betrachtungen ist es, zwei Debattenverlauf darzustellen, und dabei Stärken und Schwächen der Software zu analysieren.

Wie bereits im Bereich „Motivation hinter Liquid Democracy“ dargestellt, soll Liquid Democracy unter anderem dazu dienen, um Grabenkämpfe in der Piratenpartei schneller zu lösen. Dieser Abschnitt soll daher auch untersuchen, ob wichtige parteiinterne Streitigkeiten und Flügelkämpfe gelöst und entschieden werden konnten.

Für diese Analyse habe ich daher zwei Themen gewählt, die in der Piratenpartei bisher nicht zum Kernprogramm gehörten und über die viel gestritten wurde: Zum einen das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE) und zum anderen der Ausstieg aus der Atomenergie. Beide Themen galten als umstritten, weil diesen Themen auch eine gesamtpolitische Ausrichtung der Partei zugesprochen wird.

Hinweis:

Alle auf den folgenden Seiten erwähnten Themen sind öffentlich abrufbar. Dazu muss lediglich die Internetadresse „<http://pplf.de/t###>“ in den Internetbrowser eingegeben werden. Statt der „###“ geben Sie bitte die jeweilige Themennummer ein. Sie können jeweils die Initiativen, ihre jeweiligen Anregungen einsehen, sowie die End-Ergebnisse der Abstimmung einsehen. Aus Datenschutzgründen sind für Nicht-Parteimitglieder zahlreiche Informationen jedoch nicht verfügbar, etwa welches Parteimitglied wie abgestimmt hat. Ebenfalls nicht öffentlich sind Initiativen, die die 10 Prozent Hürde nicht überschritten haben.

4.1.1.) Fallbeispiel 1: Das Bedingungsloses Grundeinkommen

Hinter dem Begriff „Bedingungsloses Grundeinkommen“ (BGE) verbirgt sich die Idee, dass jeder Bürger eine gesetzlich festgelegtes Grundeinkommen erhalten soll. Anders als im bisherigen Sozialsystem sei dafür kein Nachweis oder Gegenleistung nötig. Ein Recht auf Grundeinkommen ergebe sich bereits aus der Menschenwürde und könne daher auch nicht eingeschränkt werden. In Deutschland werden verschiedene Modellen eines BGE diskutiert.

Im Parteiprogramm von 2006¹⁹⁸ gab es keine sozialpolitische Positionierung. Die erste Diskussionen zum „Bedingungsloses Grundeinkommen“ begannen jedoch bereits im September 2006 auf der gleichnamigen Wikiseite¹⁹⁹. Eine intensive Ausarbeitung fand jedoch erst im Sommer 2009 und 2010 statt. Dies geschieht parallel mit der Gründung der „AG Bedingungsloses Grundeinkommen“ im August 2009. Uneinigkeit herrschte in der Gruppe darüber, wie man in der Partei vorgehen sollte. Sollten konkrete Berechnungen angestellt werden oder ist es sinnvoll, zunächst einen Grundkonsens über das Ziel bezüglich des BGEs in der Partei zu ermitteln? Gibt es überhaupt eine gemeinsame Definition zum Begriff? In den gut

¹⁹⁸ Vgl. <http://wiki.piratenpartei.de/Parteiprogramm>.

¹⁹⁹ Vgl. http://wiki.piratenpartei.de/wiki/index.php?title=Bedingungsloses_Grundeinkommen.

dokumentierten Wiki-Seiten²⁰⁰, Protokollen²⁰¹ und dem Archiv der Mailingliste²⁰² der Gruppe lässt sich die umfangreiche Debatte gut nachvollziehen. In der internen Mailingliste der AG BGE werden oft über 200 bis 300 E-Mails pro Monat verschickt. In regelmäßigen Abständen werden Mumble-Konferenzen abgehalten, Argumentationslinien im Wiki immer weiter verfeinert und sich mit externer wie parteiinterner Kritik auseinander gesetzt.

Wie schlägt sich diese Debatte nun in Liquid Feedback nieder?

Wenn man in der Volltextsuche von Liquid Feedback nach der Abkürzung „BGE“ sucht, finden sich 52 Initiativen. Für den Begriff „Grundeinkommen“ sind es noch 35 Treffer. Zahlreiche davon wurden jedoch zurückgezogen oder haben das Quorum nicht erreicht. Untersucht man die Initiativen genauer finden sich 7 relevante Themenblöcke mit teils zahlreichen Unterinitiativen. Drei Themen wurden gleich in den ersten Tagen der Liquid Feedback Plattform eingereicht:

Thema 24 - 14.8. >> Grundsätzliches Bekenntnis zum BGE

Thema 50 - 14.8. >> Mindestlohn

Thema 163 - 15.8. >> Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe

Eine Woche später schlägt eine Initiative vor, an einer Demo für ein BGE teilzunehmen. Als dieser Vorschlag Mitte September unterstützt wird, provoziert dies Ende Oktober eine weitere Debatte.

Thema 351 - 23.8. >> Unterstützung der Demo für ein BGE am 6.11.

Thema 585 - 28.10. >> Bezüglich BGE Demoaufruf der Piratenpartei bei Youtube

Am 13. Oktober reicht die AG Bedingungsloses Grundeinkommen ein Positionspapier ein, welche am 22.10. von anderen Piraten als neues Thema neu eingestellt wird:

Thema 549 - 13.10. >> Positionspapier der AG Bedingungsloses Grundeinkommen

Thema 573 - 22.10. >> Positionspapier zum Bedingungslosen Grundeinkommen

Nach diesem Überblick, eine Auflösung im Detail:

Das „**Thema 24**“ wurde wenige Stunden nach dem Versand der ersten Einladungen am 14.8. 2010 mit der Initiative „Ein bedingungsloses Grundeinkommen ab 01.Mai 2011 in Deutschland einführen“ eröffnet. Dieser Antrag bestand lediglich aus drei Sätzen:

„Jeder Bürger der Bundesrepublik Deutschland erhält monatlich ein festes Grundeinkommen. Dieses Einkommen wird nicht versteuert. 2.000 Euro beträgt das Grundeinkommen.“

Die Initiative fand zunächst nur 10 Unterstützer, die sich in acht Anregungen detaillierte Ausformulierung wünschten. Der Antragsteller „arbo“ kam dem nicht nachkam. Er ergänzte den Antragstext lediglich einmal am nächsten Tag um ein FAZ-Interview mit dem BGE-Initiator Götz Werner. Die Initiative schaffte es nicht über das 10 Prozent Quorum. Stattdessen wurden in wenigen Tagen insgesamt 16 Alternativanträge in das Thema eingestellt, darunter abenteuerliche wie „Gesellschaftsmodell aus Star Trek TNG einführen macht BGE obsolet“, vermittelnde wie „Neutrale Position bezüglich BGE“, und ablehnende wie „Kein BGE“.

²⁰⁰ Vgl. http://wiki.piratenpartei.de/AG_Bedingungsloses_Grundeinkommen.

²⁰¹ Vgl. http://wiki.piratenpartei.de/AG_Bedingungsloses_Grundeinkommen/Protokolle.

²⁰² Das Archiv ist nach Anmeldung öffentlich zugänglich: <https://service.piratenpartei.de/listinfo/ag-bedingungsloses-grundeinkommen>.

Die notwendige 10 Prozent Hürde schafften nur die Initiativen „Grundsätzliches Bekenntnis zum BGE“ (273 direkte und 75 delegierende Unterstützer) sowie „Definition des BGE und seiner Ziele statt Phrasendrescherei“ (78 direkte + 29 delegierende Unterstützer). Die Initiative „Grundsätzlichen Bekenntnis“ ist in einem sachlichen Ton formuliert, fordert eine seriöse Finanzierung und benennt offene Fragen. Auf der zum Thema gehörigen Wikiseite²⁰³ findet sich eine umfangreiche Debatte zu den Initiativen – umgerechnet etwa 21 Din A4 Seiten.

Innerhalb von Liquid Feedback erhält die Initiative „Grundsätzliches Bekenntnis“ 20 Anregungen, die Initiative „Definition des BGE und seiner Ziele statt Phrasendrescherei“ zwei. Der Antragsteller des erstgenannten Antrag, „HeptaSean“, geht auf alle Anregungen ein und begründet Übernahmen und Ablehnungen direkt unterhalb des Antrags.

Die zwei Initiativen erreichten am 6. September die Abstimmungs-Phase, die regelkonform acht Tage lief. Die Initiative „Grundsätzliches Bekenntnis zum BGE“ gewann die Abstimmung mit 331 Ja-Stimmen (63%), zu 198 Nein-Stimmen (37%), bei 68 Enthaltungen. Die Initiative „Definition des BGE und seiner Ziele statt Phrasendrescherei“ kam auf Platz zwei: 306 Ja-Stimmen (70%), 129 Nein-Stimmen (30%), bei 162 Enthaltungen. Sie gilt als unterlegen und damit „nicht angenommen“. Die hohe Anzahl an Ja-Stimmen und Enthaltungen in dieser Abstimmung kann jedoch als Wunsch nach einem besser ausgearbeiteten Konzepten interpretiert werden.

Parallel zu dieser Debatte wünscht der Antragsteller der Initiative in „**Thema 50**“ in einen persönlich gehaltenen Text ein Meinungsbild über einen Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro. Relevant ist dies, da auch hier durch die eingereichte Alternativ-Initiative „BGE macht Mindestlohn überflüssig“ über das BGE diskutiert wurde. Auf der zugehörigen Wikiseite²⁰⁴ wurden über etwa sechs DinA4 Seiten debattiert. Die Forderung für einen Mindestlohn setzte sich gegen „BGE macht Mindestlohn überflüssig“ knapp durch.

Ebenfalls parallel lief das „**Thema 163**“. Die Antragsteller forderten ein „Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe“. Sie hatten keine Alternativenanträge. Inhaltlich definiert die Initiative ein eher ein sozialpolitisches Ziel-Szenario. Auf den Begriff „BGE“ verzichtete die Initiative. Die Initiative erhielt sechs Anregungen, die die Antragsteller in insgesamt 10 Überarbeitungen teilweise einpflegten. Eine Debatte auf der Themenseite war gering²⁰⁵. Der Vorschlag wurde mit einer $\frac{3}{4}$ Mehrheit angenommen: 323 Ja-Stimmen (75%), Nein-Stimmen: 110 (25%), Enthaltungen 28.

Eine Woche später standen sich im **Thema 351** die Initiativen „Unterstützung der Demo für ein Bedingungsloses Grundeinkommen am 6.11.“ (*Unterstützer: 56 +75*) und „Ohne Parteitagbeschluss keine Unterstützung einer Demo für ein BGE“ (*Unterstützer: 37 + 34*) gegenüber. Der Ursprungsantrag forderte, dass die Partei die Berliner BGE-Demo im November offiziell unterstützen sollte, wenn sich die Partei in Thema 24 für eine grundsätzliche Befürwortung des BGE aussprechen sollte. Die Gegeninitiative argumentierte, dass die Liquid Feedback Abstimmung nicht final seien, sondern lediglich ein Meinungsbild darstellten. Bevor die Piratenpartei eine Demonstration unterstützen wolle, müsse zuerst ein Parteitag die Abstimmung in Liquid Feedback bestätigen. Ergebnis der Abstimmung am 24. September:

Demo unterstützen: Ja: 277 (56%) · Enthaltung: 49 · Nein: 216 (44%)

Demo nicht unterstützen: Ja: 209 (48%) · Enthaltung: 103 · Nein: 230 (52%)

Am 7. 10. griff der Bundesvorstand das Thema auf und beschloss offiziell eine Unterstützung der Demo im Namen der Partei²⁰⁶. Dies kritisierten Liquid Feedback- und BGE-Gegner und reichten in der nächsten Vorstandssitzung drei Anträge²⁰⁷ auf Rücknahme des Beschlusses ein, welche jedoch abgelehnt wurden²⁰⁸.

²⁰³ Vgl. http://wiki.piratenpartei.de/LiquidFeedback/Themendiskussion/Bedingungsloses_Grundeinkommen.

²⁰⁴ Vgl. <http://wiki.piratenpartei.de/LiquidFeedback/Themendiskussion/50>

²⁰⁵ Vgl. http://wiki.piratenpartei.de/LiquidFeedback/Themendiskussion/Recht_auf_sichere_Existenz_und_gesellschaftliche_Teilhabe

²⁰⁶ Vgl. <http://vorstand.piratenpartei.de/2010/10/08/protokoll-zur-vorstandssitzung-2010-10-07/>

²⁰⁷ Die drei Anträge sind hier abrufbar: 1. <http://goo.gl/UIqUb>, 2. <http://goo.gl/OZBVf>, 3.) <http://goo.gl/IUKCK>.

²⁰⁸ Vgl. <http://vorstand.piratenpartei.de/2010/10/22/protokoll-zur-vorstandssitzung-2010-10-21>.

Als am 17.10. auch auf YouTube der Demoauftritt veröffentlicht wurde²⁰⁹, versuchten Parteimitglieder am 28.10. mit einer Initiative in LQFB das Video zu stoppen. Das **Thema #585** erreichte jedoch das nötige 10 Prozent Quorum nicht.

Parallel zur Debatte um die Unterstützung der BGE Demo, reichte am 13.9. die AG Bedingungsloses Grundeinkommen ein Positionspapier (**Thema 549**) ein. In einer Gegeninitiative formulierte ein Pirat zwar Zustimmung zur Intension, kritisierte jedoch zahlreiche Formulierungen und forderte daher eine Ablehnung des Antrags.

Noch bevor die Antragsteller auf diese Kritik reagieren oder Alternativanträge hätten formuliert werden können, kam es am nächsten Tag zu einem geplanten, künstlichen Eingriff in die Datenbank²¹⁰. Alle Positionspapiere, die zu diesem Zeitpunkt in der Diskussionsphase waren, wurden manuell in die Phase „eingefroren“ vorverschoben. Hintergrund dieser einmaligen Maßnahme war, dass alle noch offenen Anträge vor dem geplanten programmatischen Bundesparteitag im November abgestimmt werden sollen. Diese Maßnahme war notwendig geworden, da die Einführung von Liquid Feedback sich verspätet hatte (siehe Geschichte von Liquid Feedback).

Da sich das Positionspapier nun in der „Eingefroren-Phase“ befand, waren weder Anregungen, noch Änderungen oder Alternativanträge möglich. Um der substantiellen Kritik am Positionspapier der AG BGE dennoch Rechnung zu tragen, eröffneten drei Piraten am 22.10. ein neues Thema (**Thema 573**) mit einer Initiative, die zahlreiche Aspekte der Kritik aufnahm. Da diese Initiative jedoch nicht mehr von der manuellen Verschiebung in die „Eingefroren-Phase“ erfasst wurde, durchlief sie durch das übliche Verfahren und wurde erst nach dem Programm-Parteitag im November in Liquid Feedback abgestimmt.

Das *Thema 549* wurde mit 189 Ja-Stimmen (49%) und 200 Nein-Stimmen (51%) bei 20 Enthaltungen abgelehnt. Entscheidend war u.a. die ablehnende Haltung des prominenten Parteimitglieds und Linguistik-Professors Martin Haase. Er vereinte in dieser Abstimmung 35 Delegationen auf sich, welche er auf den Piraten „wigbold“ weiterdelegierte, einen prominenten Gegner des BGE²¹¹. Da dieser die Initiative erwartungsgemäß ablehnte, kam es zu keiner Mehrheit. Dieser Entscheidung traf Martin Haase – wie er mir in einem Gespräch sagte – bewusst, da er den Text aufgrund besagter sprachlicher Mängel ablehnte. Martin Haase bekam daraufhin viele negative Reaktionen und verlor unmittelbar nach dieser Entscheidung rund ein Drittel seiner Delegationen (von circa 150 auf circa 100).

Die quasi Gegen-Initiative im **Thema #573** hatte die Kritik berücksichtigt und das Positionspapier der AG BGE deutlich überarbeitet. Diese Initiative erreichte mit 226 Ja-Stimmen (59%) und 155 Nein-Stimmen (41%) bei 20 Enthaltungen eine deutliche Mehrheit. Martin Haase brachte dieses mal 40 Stimmen ein und stimmte diesmal für das Positionspapier.

Mit dem Thema **#599** wurde ein drittes Positionspapier zum Bedingungslosen Grundeinkommen formuliert. Dieses wurde am 5.11. etwa zwei Wochen vor dem programmatischen Bundesparteitag eingestellt. Diese Initiative hatte nicht den Anspruch noch vor dem Bundesparteitag abgestimmt zu werden, versuchte lediglich Feedback zu bekommen, um den Antrag dann direkt zum Bundesparteitag einzubringen. Die Initiative erhielt zwar zwei Anregungen, erreichte aber innerhalb der Frist nicht das nötige 10 Prozent Quorum, um in die Diskussionsphase zu springen.

Die drei genannten Positionspapiere und zwei Grundsatzanträge werden zum programmatischen Bundesparteitag in Chemnitz (20 bis 21. November) eingereicht.

²⁰⁹ Vgl. http://www.youtube.com/watch?v=OwoT_bJKhvA.

²¹⁰ Vgl. <http://goo.gl/B6zbn>.

²¹¹ Wigbold verfasste unter anderem ein oft zitiertes kritisches Whitepaper zum Thema BGE: http://wiki.piratenpartei.de/Benutzer:Wigbold/Whitepapers/Contra_BGE#Contra_BGE.

Da sich der Parteitag dazu entschied, nur die Anträge für das Grundsatz-Programm zu behandeln, wurde lediglich über den Liquid Feedback Antrag „Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe“ (Thema 163) diskutiert und abgestimmt. Der zweite Grundsatzprogramm-Antrag bezog sich auf eine Liquid Feedback-Debatte in der Landesinstanz des Landesverbands Berlin.

Der Antrag „Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe“ (Abkürzung auf dem Parteitag „GP050“, Kurzform: „Projekt ReSET“), gehörte auf dem Parteitag mit 35 Wortmeldungen zu den am intensivsten und emotional diskutierten Anträgen²¹². Obwohl der Begriff „Bedingungsloses Grundeinkommen“ im Antrag nicht enthalten ist, referenziert der Antrag die ideologischen Grundlagen des BGE:

„[...] Da das Ziel ein Einkommen zur Existenzsicherung für jeden ist, sollte dieses Einkommen jedem direkt garantiert werden. Nur dadurch ist die Würde jedes Menschen ausnahmslos gesichert. [...]

Wir Piraten sind der Überzeugung, dass die überwältigende Mehrheit der Menschen eine sichere Existenz als Grundlage für die Entfaltung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Potenziale nutzen wird. [...]

*Die Piratenpartei setzt sich daher für Lösungen ein, die eine sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe individuell und **bedingungslos** garantieren und dabei auch wirtschaftliche Freiheit erhalten und ermöglichen. Wir wollen Armut verhindern, nicht Reichtum.“*

In offener Abstimmung stimmten etwa 80 bis 90 Prozent des Parteitags für den Antrag. Auf dem Parteitag kam es daraufhin zu spontanen, minutenlangen Applaus und Jubel-Szenen. Der gleich darauf folgende Antrag zum Thema „Mindestlohn und Grundeinkommen“ erreichte die nötige 2/3 Mehrheit nicht. Unter anderem lehnten Befürworter des BGEs eine Vermischung von Mindestlohn und BGE ab.

Die Medien griffen die Ereignisse auf dem Parteitag auf und interpretieren den Beschluss als sozialpolitische Schwenk der Partei. So titelt Spiegel Online „Piratenpartei spielt SPD“, der MDR „Piratenpartei steuert auf linksliberalen Kurs“ und die Süddeutsche „Soziale Freibeuter“²¹³.

Zusammenfassung / Zwischenergebnis:

Welche Schlüsse lassen sich aus der Beobachtung ziehen?

- Vorschläge, wie die zur Einführung eines StarTrek-Gesellschaftsmodell (Thema 24), lassen die Nutzer unter den Tisch fallen. Der selbstregulierende Schutz durch die 10 Prozent Hürde gegen Störer und Spaßvögel scheint also zu funktionieren.
- Der Fall Martin Haase zeigt, dass Delegationen wie erwartet, bei falsch empfundenen Entscheidungen auch wieder entzogen werden.
- Der Präferenz-Wahl-Abstimmungsmodus führte zum gewünschten Ergebnis. So erhielten in Thema 24 beide Positionspapiere eine Mehrheit. Dennoch wurde das „Grundsätzliche Bekenntnis“ offensichtlich häufiger präferiert. Beide Positionen können sich jedoch durch das Wahlverfahren sicher sein, die maximal mögliche Zustimmung erhalten zu haben.
- Obwohl der Antrag zum Aufruf zur BGE-Demo bereits beschlossen war (Thema 351), konnte die Debatte in Liquid Feedback mit einem erneuten Antrag (Thema 585) weiter geführt werden. Liquid Feedback ermöglicht es also auch der Minderheit sich weiter für ihre Position zu engagieren. Mangels neuer Argumente, versandete der Antrag zwar wieder, dennoch herrscht eine hohe Chancengerechtigkeit.

²¹² Vergleiche dazu das Wortprotokoll des Bundesparteitags: http://wiki.piratenpartei.de/Bundesparteitag_2010.2/Protokoll_1.

²¹³ Die vollständige Berichterstattung und alle Links sind unter http://wiki.piratenpartei.de/Bundesparteitag_2010.2/Pressespiegel abrufbar.

Bei Thema 24 schafften es statt der ursprünglichen Initiative („Einführung BGE im Mai 2010“) nur zwei Alternativanträge zur Abstimmung. Hier haben die Alternativanträge so funktioniert, wie von den Entwicklern erwünscht. Da der Initiator der Initiative nicht auf die Anregungen reagierte, erstellen die Nutzer eigene Alternativen.

Bei Thema 549 entstand als Alternativantrag zunächst keine konstruktiver Alternativantrag, sondern lediglich nur sehr umfangreich begründete Alternativ-Initiative, die „dagegen“ argumentierte. Dies sollte ja eigentlich durch die Alternativanträge verhindert werden. Hat das System hier also nicht funktioniert?

Ich vermute, dass eine konstruktive Gegeninitiative nur deshalb fehlte, weil die Diskussionsphase nach nur einem Tag künstlich abgebrochen wurde. In der „Eingefrohren“-Phase konnten keine Alternativanträge oder Anregungen mehr verfasst werden. Die eigentliche Gegeninitiative lieferte dann etwa zwei Wochen später das neu erstellte Thema 573, welches die Initiative aus dem Thema 549 kopierte, jedoch um entscheidende Veränderungen verbesserte.

Statt hier also von einer dysfunktionalen Gegeninitiative zu sprechen, scheint es mir eher sinnvoll den Abbruch der Diskussionsphase zu kritisieren. Gerade dieser Fall scheint zu bestätigen, wie wichtig die lange Diskussionsphase in Liquid Feedback ist. Erst in ihr können Nutzer Alternativanträge entwickeln werden. Der künstliche, vorzeitige Abbruch der Diskussionsphase hat diesen Prozess verkürzt und auch den Antragstellern die Chance genommen, auf ihre Kritiker zu reagieren und ihren Antrag selbst zu verbessern.

Das Desinteresse der Nutzer bei zahlreichen schlecht formulierten Alternativ-Initiativen bei Thema 24, aber auch die Differenzierung der Themen 549 und 573 zeigt, dass die Parteimitglieder nicht blind alle Vorschläge unterstützten, die ihrer Position entsprechen. Stattdessen werden die Anträge stark nach ihrer sprachlichen Qualität und möglicher Außenwirkung für die Partei bewertet.

Insgesamt gibt es eine hohe Übereinstimmung zwischen Liquid Feedback und den Abstimmung auf dem Parteitag. Dies ließ sich etwa an der übergroßen Zustimmung auf den Parteitag zum Antrag „ReSET“ ablesen, die mit einer einer großen Zustimmung in Liquid Feedback übereinstimmte. Der Antrag „Mindestlohn und Grundeinkommen“, der vorab nicht in im bundesweiten Liquid Feedback besprochen wurde hingegen erreichte auf dem Parteitag nicht die nötige Mehrheit. Möglicherweise hätte Bedenken über die Vorbereitung durch das Liquid Feedback ausgeräumt werden können.

Außerdem ließ sich in Liquid Feedback beobachten, dass sich politische Debatten einem Entwicklungsprozess unterliegen. Von spontanen (persönlichen) Statements und Umfrage-ähnlichen Anträgen (Thema 24) hin zu qualifizierteren und besser ausgearbeiteten Positionspapieren (Themen 549 und 573). Schwanken die Anträge anfangs zwischen „ja“ / „nein“ und „später“, nähern sich die Anträge einer imaginär gedachten Kompromisslinie an. Idealisiert dargestellt in Kurve (**Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**). Die vielen Abstimmungen helfen die Positionspapiere noch vor dem Parteitag zu prüfen und den Wünschen möglichst vieler Mitglieder anzunähern.

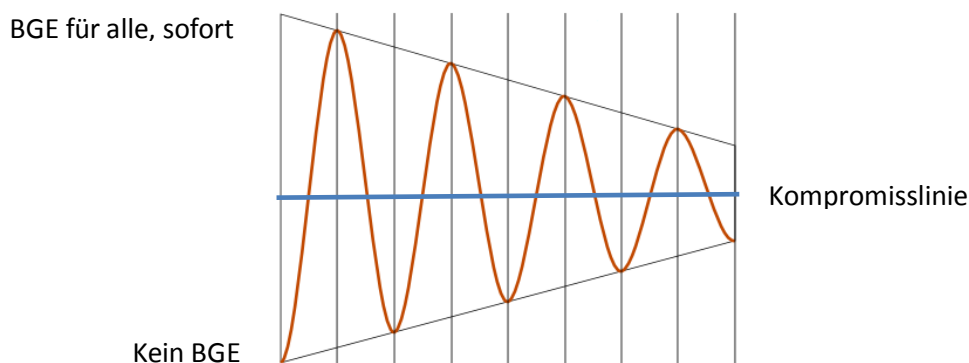


Abbildung 0-2

Bei den Diskussionen gilt offenbar, dass besonders die einfachen / persönlichen Anträgen viel diskutiert mehr werden und die meisten Änderungsanträge erhalten. Die detaillierter ausgearbeiteten Anträge provozieren hingegen weniger Änderungswünsche. Vermutlich liegt das auch daran, weil die besser ausgearbeiteten Anträge weniger offensichtliche Angriffspunkte bieten und zahlreiche Konfliktpunkte bereits in Arbeitsgruppen abgearbeitet wurden. Möglicherweise sind sie aber auch für Parteimitglieder, die nicht in ein Thema eingearbeitet sind, bereits zu kompliziert, um noch qualifizierte Kritik zu äußern.

Auffällig ist, dass seit dem Parteitag in Chemnitz keine neuen Anträge zum Thema BGE eingereicht wurden. Dies muss allerdings nicht zwingend an Liquid Feedback liegen, denn auch die entsprechende Projektseite²¹⁴ ist eingeschlafen. Möglicherweise ist jedoch eine Weiterarbeit auch dadurch behindert, dass sämtliche bisher ausgearbeiteten BGE-Positionspapiere einer Abstimmung auf dem Parteitag hadern. Möglicherweise möchte man mit der Ausarbeitung neuer Konzept warten, bis klar ist, ob die bisherigen auch auf Parteitag eine Mehrheit finden. Der Programmparteitag in Chemnitz arbeitete nur einen kleinen Teil der eingereichten Anträge der Programmpunkte ab. Von den eingereichten Positionspapier wurde keines bearbeitet. Damit bilden die Parteitage zurzeit einen sehr engen Flaschenhals, der Motivation möglicherweise begrenzt.

Auffällig ist auch, dass der Bundesvorstand die Ergebnisse aus Liquid Feedback nicht für die Ausdarstellung nutzte. Die zitierte Pressemitteilung mit dem Aufruf zur BGE-Demo stellt eher eine Ausnahme dar.

4.1.2.) Fallbeispiel 2: Atomausstieg

Weder das Parteiprogramm von 2006²¹⁵ noch das Wahlprogramm von 2009²¹⁶ enthielten Aussagen zu den Themen Umwelt oder Energiepolitik. Über den konkreteren Atomausstieg diskutierte die Piratenpartei erstmals im Jahr 2008. Pläne, eine solche Forderung in ein Wahlprogramm für die Europawahl 2009 zu schreiben, versandeten jedoch²¹⁷. Im Juni 2009 gründet sich eine „AG Umwelt“, im November eine „AG Energiepolitik“, im September die Gruppe „Anti Atom Piraten“²¹⁸.

Auch hier ein Blick, wie sich die Debatte in Liquid Feedback entwickelt. Eine Suche nach Begriffen wie „Atom-“, „Kern-“ und „Nuklear-“ führen zu einer überschaubaren Anzahl an Treffern, die schnell sortiert sind. Ein Überblick:

- **Thema 41** - 14.8. >>Atomausstieg
- **Thema 60** - 14.8 >> Präambel Umwelt (AG Umwelt)
- **Thema 66** - 14.8. >> Netzneutralität - Nicht nur im Netz. Energienetze in öffentliche Hand!
- **Thema 396** - 31.8. >> Energiekonzept für den Weg ins erneuerbare Zeitalter
- **Thema 432** - 7.9. >> Positionspapier: Für eine zukunftssichere Energiewirtschaft

Ähnlich wie beim Thema BGE war die erste Initiative zum Komplex Energie namens „Atomausstieg“ in **Thema 41** eher persönlich formuliert:

„Ich persönlich lehne die Kernenergie strikt ab. In letzter Zeit habe ich mich ziemlich viel mit dem Thema auseinandergesetzt, nicht zuletzt auch mit dem Negativbeispiel Tschernobyl und wie mit dem Problem des Atommülls umgesprungen wird.

Mich würde deshalb mal interessieren, wie der Rest der Partei dazu steht. Bitte unterstützt diese Vorlage, falls ihr am Atomausstieg festhalten wollt, und stellt euch ihm entgegen, wenn ihr den Ausstieg vom Atomausstieg wollt.“

²¹⁴ Vgl. <http://www.projekt-reset.de>.

²¹⁵ Vgl. <http://wiki.piratenpartei.de/wiki/index.php?title=Parteiprogramm&oldid=25063>.

²¹⁶ Vgl. http://wiki.piratenpartei.de/Bundestagswahl_2009/Wahlprogramm.

²¹⁷ Vgl. http://wiki.piratenpartei.de/LiquidFeedback/Themendiskussion/41#AG_Energiepolitik.

²¹⁸ Vgl. <http://wiki.piratenpartei.de/AntiAtomPiraten> und www.anti-atom-piraten.de.

Die Initiative erhielt 21 Anregungen. Die populärste von ihnen „Bitte weiter ausarbeiten“ wurde von insgesamt 168 Piraten als „soll“ oder „muss“ unterstützt. Weitere Anregungen forderten Einfügung diverser Aspekte des Atomausstiegs. Trotz der vielfachen Änderungswünsche, blieb der Antragsteller der Initiative bei seiner einfachen Formulierung. Einer Ankündigung im Antrag, dass auf der Debattenseite eine Umformulierung des Antrags in Arbeit sei, folgten zumindest in dieser Initiative keine Taten.

Im Thema wurden sechs Alternativ-Initiativen eingereicht (in Klammern die Anzahl der direkter und delegierter Unterstützer-Stimmen): „Akzeptanz des Atomausstiegskompromisses“ (49+46), „Vorerst keine Aussage zu Atomausstieg“ (57+11), „Atomausstieg basisdemokratisch bewerten“ (9+4), „Zuerst Verstaatlichung der Kernkraftwerke, dann Atomausstieg“, „Bedingungen zur Abschaltung von Kraftwerken schaffen“ (4+2) und „Massive Investitionen in Fusionsreaktoren“ (4+1).

Neben der Ursprungsinitiative schafft es nur die etwas sachlicher formulierte Initiative „Akzeptanz des Atomausstiegskompromisses“ zur Abstimmung. Sie schlug als Formulierung vor:

„Die Piratenpartei strebt keine Änderung am rot-grünen Atomausstiegskompromiss an, sowohl hinsichtlich einer Verlängerung, Verkürzung oder anderen, nicht unerheblichen Veränderungen.“

Auf der zum Thema gehörigen Debattenseite²¹⁹ entstand eine etwa 8 Din A4 Seiten lange Diskussion. Im Ergebnis gewann die ursprüngliche Initiative „Atomausstieg“ mit 398 Ja-Stimmen (77%) zu 116 Nein-Stimmen (23%) bei 89 Enthaltungen. Die Initiative „Akzeptanz des Atomausstiegskompromisses“ erhielt eine etwas weniger deutliche Mehrheit: 288 Ja-Stimmen (57%) zu 216 Nein-Stimmen (43%), bei 99 Enthaltungen und gilt aufgrund ihres zweiten Platzes als „Nicht-Angenommen“.

Kurze Zeit nach dem Beschluss wurde am 15. September eine Pressemitteilung der Piratenpartei veröffentlicht, in der sich die Piratenpartei die Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke durch die CDU/FDP Regierung kritisierte. Darin hieß es u.a.:

*„Die Piratenpartei Deutschland setzt sich, wie bereits von mehreren Landesverbänden beschlossen und durch ein aktuelles Meinungsbild **im Online-Meinungsbildungstool Liquid Feedback bundesweit gestützt**, für den Ausstieg aus der Stromerzeugung durch Kernspaltung sowie für die Forschungsförderung von regenerativen Energien ein. Sie unterstützt damit den ursprünglich von der rot-grünen Regierung beschlossenen Atomausstieg und kritisiert ausdrücklich die derzeitigen Bestrebungen, davon abzuweichen.“²²⁰*

Parallel zum *Thema 41*, stellte die AG Umwelt, am 14.8. eine „Präambel Umwelt“ als Initiative ein (**Thema 60**). Die Initiative erhielt zahlreiche Anregungen, auf die die Autoren in der Diskussionsseite²²¹ und unterhalb des Antrags eingingen ohne jedoch die Initiative zu verändern. Für eine Präambel sei der Text zu lang, insbesondere gehöre der Abschnitt über Massenvernichtungswaffen eher in den Abschnitt Außenpolitik. Am 26.8. wurde ein Alternativantrag namens „Umweltpolitisches Kapitel für das Grundsatzprogramm“ erstellt, der schließlich die Abstimmung mit 248 Ja-Stimmen (71%) zu 100 Nein-Stimmen (29%) bei 56 Enthaltung für sich gewann. Die „Präambel Umwelt“ erhielt 184 Ja-Stimmen (51%) 178 Nein-Stimmen (49%) und 42 Enthaltungen.

Im **Thema 396** wünschte der Antragsteller ein Meinungsbild zu einem groben Ausstiegsszenario. In Anregungen wurde gefordert, die vom Antragsteller vorgeschlagene Ausstiegsszahl von 2026 auf 2015 zu verringern und die verschiedenen Forderungen in verschiedene Initiativen zu verlagern. Diesen Anregungen kam der Antragsteller nicht nach. Die Initiative erreichte ohne Gegenvorschlag keine Mehrheit (Ja-Stimmen: 132 (40%), Nein Stimmen: 195 (60%), Enthaltung: 53)

Am 7.9. brachten die Vertreter der Bundes-AG Energiepolitik das umfangreiche Positionspapier „Für eine zukunftssichere Energiewirtschaft“ in Liquid Feedback ein. Die sechs Module ließ die AG einmal geschlossen als Ganzes (**Thema 432**), als auch alle Module einzeln in eigenen Themen abstimmen:

²¹⁹ Vgl. <http://wiki.piratenpartei.de/LiquidFeedback/Themendiskussion/41>.

²²⁰ Vgl. <http://web.piratenpartei.de/Pressemitteilung-100915-Piratenpartei-ruft-zur-Anti-Atom-Demo-auf>.

²²¹ Vgl. <http://wiki.piratenpartei.de/LiquidFeedback/Themendiskussion/60>.

- Modul #1: Nachhaltigkeit
- Modul #2: Versorgungssicherheit
- Modul #3: Energiegewinnung aus regenerativen Ressourcen
- Modul #4: Netzausbau und Netzneutralität
- Modul #5: Ausstieg aus der Stromerzeugung durch Atomkraftwerke
- Modul #6: Förderprogramme

In Modul 5 heißt es:

„Die Piratenpartei Deutschland setzt sich dafür ein, die Stromerzeugung durch Kernspaltung in Atomkraftwerken mittelfristig unter Einhaltung des Atomausstiegsvertrags aus dem Jahre 2002 zu beenden. Anlagen für medizinische und wissenschaftliche Anwendungen sind davon nicht betroffen. [...]“

Einige Module erhielten Anregungen, teils Fragen. Auf alle gingen die Antragsteller ein, manche fanden Berücksichtigung. So wurde die Einfügung „aus dem Jahre 2002“ im Modul 5 erst auf eine Anregung hin eingepflegt. Diese Einfügung soll eine Verwechslung mit der Vereinbarung der CDU-FDP-Regierung ausschließen. Gegeninitiativen gab es keine. Alle Module sowie der Ursprungsantrag erhielten Zustimmungsquoren von über 75 Prozent.

Auf dem Bundesparteitag in Chemnitz wurden (wie oben bereits erwähnt) nur Grundsatzanträge diskutiert. Die Positionspapiere, auch das Energiekonzept, kam deshalb nicht zur Sprache.

Diskutiert wurde jedoch die unter *Thema 60* diskutierte Präambel der AG Umwelt und ihr in Liquid Feedback erfolgreicher Alternativvorschlag. Auf dem Bundesparteitag wurden dabei einige Argumente der LQFB-Anregungen wiederholt²²². So etwa die Kritik, dass Atomwaffen nichts im Bereich Umweltpolitik zu tun hat. Wohl auch da der Antragsteller der in Liquid Feedback erfolgreichen Gegen-Initiative nicht auf dem Parteitag war, um seine Alternative zu vertreten, und gleichzeitig betont wurde, dass alle Module einzeln abgestimmt werden würden, entschied sich der Parteitag für die in Liquid Feedback unterlegene Präambel der AG Umwelt. Bestätigt und ins Grundsatzprogramm übernommen, wurden die folgenden Punkte:

- "Umwelt Modul 1: Nachhaltigkeit"
- "Umwelt Modul 2: Lebenswerte Umwelt"
- "Umwelt Modul 3: Umgang mit Ressourcen"
- "Umwelt Modul 5: Energiepolitik"

Die bereits in Liquid Feedback in Anregungen kritisierten Module 4 „Umgang mit Leben“ und das Modul 6 „Umgang mit Massenvernichtungswaffen“ fanden hingegen auf dem Parteitag keine nötige Mehrheit.

Anschließend wurde der Antrag „Atomausstieg / Sicherheit kerntechnischer Anlagen“ diskutiert, der direkt an den Parteitag gestellt worden war, ohne zuvor durch Liquid Feedback zu fließen:

„Die Piratenpartei Deutschland lehnt die Stromerzeugung durch Kernspaltung ab. Die Piratenpartei Deutschland will als Minimalforderung an dem beschlossenen Atomausstieg festhalten. [...]“²²³.

Im Wort-Protokoll des Parteitags finden sich zahlreiche kritische Äußerungen an der Formulierung des Antrags:

„Ich bin dagegen, diesen konkreten Antrag ins Grundsatzprogramm aufzunehmen. Ich bin für ein Positionspapier. Inhaltlich für einen Grundsatz sind zu viele Fehler. [...]“

„Die Intention ist klar und unterstützenswert. Formal aber für das GP nicht richtig. Ein Problem: Die Einreichungsfrist hat die aktuelle Entwicklung überholt. ??? Der Antrag Würde bedeuten, dass wir CDU/FDP Ausstieg unterstützen würden ????“ [sic!]“²²⁴

²²² Vgl. http://wiki.piratenpartei.de/Bundesparteitag_2010.2/Protokoll_2.

²²³ Vgl. <http://goo.gl/xWeQ8>.

²²⁴ Vgl. http://wiki.piratenpartei.de/Bundesparteitag_2010.2/Protokoll_2.

Mit der Formulierung „beschlossenen Atomausstieg“ sei der Rot-Grüne Vertrag gemeint, versicherten die Antragssteller. Dennoch erreichte der Antrag die nötige 2/3 Mehrheit für das Grundprogramm nicht. Bei der Abstimmung, ob diese Stellungnahme als Positionspapier beschlossen werden sollte, wurde die 2/3 Mehrheit hingegen übertroffen, wie der Versammlungsleiter laut Protokoll erstaunt feststellte²²⁵.

Ebenfalls beschloss der Parteitag – ohne vorherige Liquid Feedback Besprechung – den Wahlprogramm-Antrag „Umgang mit Nuklear-Müll“²²⁶.

Zwischenfazit:

Zunächst lassen sich auch hier wie im vorangegangenen Beispiel einige grundlegende Dinge feststellen. Auch bei diesen Beispielen kam es gerade in der Frühzeit der Debatte zur intensiven Nutzung von Alternativanträgen, als ein Antragsteller auf die Änderungsvorschläge nicht einging (Thema 41). Allerdings waren die Alternativen hier offensichtlich nicht attraktiv genug.

Das Ignorieren der Anregungen im Fall der „Präambel der AG Umwelt“ hingegen führte zu einer ernsthaften Alternative, die die Abstimmung für sich entschied. Zwar sieht es so aus, als ob sich dies auf dem Parteitag wieder umgedreht hätte. Tatsächlich jedoch gibt es eine hohe Übereinstimmung zwischen der Kritik innerhalb von Liquid Feedback und auf dem Bundesparteitag. Denn genau die in Liquid Feedback scharf kritisierten Module 4 und 6, haben auch auf dem Bundesparteitag nicht die nötige Mehrheit erreicht. Hätte die AG Umwelt Ihre Präambel bereits in Liquid Feedback auf die Kritik der Nutzer eingegangen, hätte sie eventuell bereits dort die Abstimmung gewinnen können.

Auch der auf dem Parteitag beschlossene Antrag zum Atomausstieg stolperte über einen vermeidbaren Fehler, der in Liquid Feedback bereits im Rahmen der Initiative „Positionspapier für eine zukunftssichere Energiewirtschaft“ diskutiert und dort geändert wurde. Inhalt dieses Streitpunkts war, dass die Formulierung „an dem beschlossenen Atomausstieg festhalten“ doppeldeutig sein kann. Während die Antragsteller der Liquid Feedback Initiative nach entsprechender Anregung in der Diskussionsphase ein „im Jahr 2002“ ergänzten, konnte dies der Antragsteller auf dem Parteitag nicht mehr ändern, da Änderungen auf dem Parteitag laut Geschäftsordnung unzulässig sind, um einigermaßen schnell durch das Programm zu kommen.

Die hohe Zustimmung zum Positionspapier (sogar über der nötigen Zweidrittel-Hürde fürs Grundsatzprogramm) legt nahe, dass die Piraten hinter dem Atomausstieg stehen, jedoch die zweideutigen Formulierungen des Antrages möglicherweise nicht für Jahre ins Parteiprogramm schreiben wollten. Diese Änderungen hätten – wie das Positionspapier für eine zukunftssichere Energiewirtschaft zeigt – in Liquid Feedback im Vorfeld problemlos verändert werden können.

Auch der Wahlprogramm-Antrag „Umgang mit Nuklear-Müll“ erhielt auf dem Parteitag noch Verbesserungswünsche und Anregungen, die in Liquid Feedback eingearbeitet hätten werden können.

Inhaltlich hat sich die Piratenpartei mit dem deutlichen Beschluss zum „Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe“ für einen klaren linksliberalen Kurs entschieden. Der Beschluss zum Atomausstieg lässt zudem einen eher wirtschaftskritischen Kurs erwarten. Der langanhaltende Jubel nach den zwei Abstimmungen war höchstwahrscheinlich nicht nur inhaltlich begründet. Für viele war es sicher auch die Freude, der programmatische Stillstand gebrochen war.

Den Anteil von Liquid Feedback an diesem Erfolg objektiv zu messen, scheint mir schwierig. Alle verbindlichen Entscheidungen werden weiterhin auf den Parteitagen und alle Beschlüsse wären auch ohne Liquid Feedback möglich gewesen. Der nicht in Liquid Feedback besprochene, aber dennoch auf dem Parteitag schnell beschlossene Antrag „Umgang mit Nuklear-Müll“ zeigt dies exemplarisch.

²²⁵ Vgl. http://wiki.piratenpartei.de/Bundesparteitag_2010.2/Protokoll_2.

²²⁶ Vgl. <http://goo.gl/xgWel>.

Dennoch ermöglichte Liquid Democracy einen großen Teil Debatte bereits vor dem Parteitag vorzuziehen. Anträgen wie „Atomausstieg“ (fehlende Jahreszahl-Bezug) oder „Mindestlohn und Grundeinkommen“ (Vermischung von Begriffen) hätten möglicherweise erfolgreicher sein können.

In anderen Parteien erledigen solche Aufgaben parteiinterne Arbeitsgruppen natürlich auch. Der Unterschied ist hier, dass sich hier alle Parteimitglieder, zeitunabhängig daran beteiligen konnten. Die Vorgänge waren so transparent, nachvollzieh- und für jedes Parteimitglied im Vorfeld beeinflussbar.

Einschränkend muss gesagt werden, dass längst nicht alle Bereiche mit so viel Eifer diskutiert wurden, wie die zwei hier vorgestellten. Allerdings ist die Piratenpartei mit 12.000 Mitgliedern auch eine verhältnismäßig kleine Partei, die nicht alle Themenbereiche gleichstark behandeln kann. Letztlich besteht ja auch in der Auswahl der intensiv besprochenen Themen bereits eine demokratische Selektion.